Dr. Alfred Fischel, Studien zur österreichischen Reichsgeschichte. Wien, Alfred Hölder, 1906, 342 S. 8°.

Die vorliegenden Studien fassen die Resultate dreier inhaltlich nicht verwandter Einzeluntersuchungen auf dem Gebiete der Geschichte des öffentlichen Rechtes zusammen.

Die erste Untersuchung setzt es sich zum Ziele, das staatsrechtliche Verhältnis Mährens zum Deutschen Reiche und zu Böhmen im Mittelalter klarzustellen. In der Tat bergen die staatsrechtlichen Verhältnisse Mährens im Mittelalter eine Reihe eigenartiger Entwicklungsmomente in sich, deren genetische Deutung bisher nicht durchaus selbständig, vorurteilsfrei und kritisch in Angriff genommen wurde. Hierbei sind es insbesondere zwei Tatsachen, welche das Bedürfnis nach einer quellenmäßigen Klarstellung ihrer Tragweite und ihres gegenseitigen Verhältnisses zeitigen: Die Erhebung Mährens zur reichsunmittelbaren Markgrafschaft im Jahre 1182, — welchem Faktum man bisher überwiegend nur für eine kurze Dauer eine rechtsgeschichtliche Bedeutung beimaß — und der seit Karl IV. bezeugte Lebensnexus Mährens und Böhmens.

In diesen beiden Punkten liegt auch das Schwergewicht der Darlegungen Fischels. Unter eingehender Berücksichtigung des Quellenmaterials sucht er den Nachweis zu erbringen, daß die Erhebung Mährens zur reichsunmittelbaren Markgrafschaft für sein rechtsgeschichtliches Schicksal von entscheidender Bedeutung war und daß Mähren von dieser Zeit an die Natur eines unmittelbaren Reichsfürstentumes beibehielt. Insbesondere wendet sich Verfasser gegen die in dieser Frage gemeinhin vertretene Ansicht, daß in dem Abkommen von 1197 ein Verzicht Wladislaw Heinrichs auf die reichsunmittelbare Stellung Mährens gelegen gewesen sei und interpretiert es lediglich in dem Sinne eines internen Hausvertrages zur Erzielung gleicher Herrschaftsrechte (arg. pariter) unter Wahrung der gemeinsamen Hausinteressen, durch welches Abkommen die Beziehung Mährens zu dem Reiche nicht tangiert wurde (S. 49 und 67ff.). Der Verfasser weist überdies darauf hin, daß die Annahme eines Verzichtes auf die Reichsunmittelbarkeit Mährens mit einer Reihe anderweitiger Zeugnisse, aus welchen sich die fortbestehende prinzipielle Reichsunmittelbarkeit Mährens ergibt, in Widerspruch stünde (S. 50—64). Unter diesen möchte ich vorab die Fassung des Lebensbriefes vom Jahre 1276, welcher dem regnum Bohemiae suisque attinentiis den marchionatus Moraviae ausdrücklich gegenüberstellt und die beobachtete Belehnungsform durch Überreichung zweier Fahnen (S. 60f.) hervorheben und auf die ansprechende Annahme verweisen, welche in der von K. Friedrich II. erteilten, für eine bloße Güterschenkung gehaltenen Urkunde aus dem Jahre 1212 ein der sog. *constitutio Friderici II de iuribus et privilegiis Regni Bohemiae adäquates* besonderes Privileg zugunsten Mährens (S. 55) sieht.

Aus den urkundlichen Belegen der Zeit Karls IV. über die Rechtslage Mährens folgert Fischel, daß uns in denselben die Auffassung Mährens als eines Afterlehens Böhmens entgegentritt und daß sich sonach auch für die Zeit Karls IV. an der Reichsunmittelbarkeit im Grunde nichts geändert habe. Seine Auffassung vermag Verfasser durch eine nicht gezwungene Interpretation des bezüglichen Urkundenmaterials, vorab der Lehen-surkunden vom 26. Dezember 1349 (S. 89 f.) zu stützen; lediglich das Diplom für den Markgrafen Johann vom 19. Mai 1366 (S. 95) läßt sich der Annahme eines Afterlehensverhältnisses einigermaßen schwerer anpassen. Die Konstruktion der Beziehung Mährens zu Böhmen seit Karl IV. als Afterlehensverhältnis gewinnt dadurch an Wert, daß sie das Auffällige der Schaffung einer völlig neuen Rechtslage mindert und zu den früheren Verhältnissen eine Brücke baut. —

Zur Erhärtung der Behauptung der ununterbrochenen Rechtskontinuität hinsichtlich des Lehenverhältnisses zum Deutschen Reiche bringt Verfasser Belege über die Einwirkung des Deutschen Reiches auf die Landesverhältnisse bei (S. 103 ff.) und führt weiter den Nachweis, daß der seit Karl IV. bestehende Lehen-nexus zwischen Böhmen und Mähren die Selbständigkeit der inneren Entwicklung Mährens völlig unangetastet ließ und daß Mähren insbesondere in verwaltungsrechtlicher Hinsicht von Böhmen gesondert blieb (S. 127 ff.).

Den Standpunkt der Selbständigkeit Mährens Böhmen gegenüber hebt Fischel auch für die der Erhebung Mährens zur reichsunmittelbaren Markgrafschaft vorangehende Zeit mit Schärfe hervor (S. 29). Als eine der grundlegenden Ursachen hierfür sieht Fischel die Nachfolgeordnung Brzetislaws I. (1055) an. Bezüglich dieser Nachfolgeordnung trägt Fischel einen beachtenswerten Erklärungsversuch vor, indem er von der Annahme ursprünglich ganerbschaftlicher Verhältnisse ausgehend die Bedeutung der Verfügung Brzetislaws dahin abgrenzt, daß in ihr nicht eine grundlegende Erbfolgeordnung gesehen werden dürfe, sondern daß sich ihr hausgesetzlicher — etwa dem Hausvertrage Rudolfs IV. von Österreich vergleichbarer (S. 24 n.) — Inhalt in der Bestimmung eines Familienoberhauptes und in der Besitzverteilung zur Vermeidung von Streitigkeiten in der nächsten Generation erschöpfe. Das Fehlen weiterer Verfügungen für die Zukunft würde sich sonach entgegen den bisher unternommenen Erklärungsversuchen (S. 23) aus der juristischen Natur der Brzetislaw-schen Bestimmung ergeben.

Fischels Abhandlung beinhaltet in ihrem Wesen eine rechtsgeschichtliche Apologie der Selbständigkeit und Reichsunmittelbarkeit Mährens bis zum Jahre 1490, welche Rechtslage durch den Umstand wiederholter Vereinigung der Herrscherrechte über Böhmen und Mähren in einer Hand vielleicht tatsächlich getrübt, aber im Prinzip nicht berührt wurde. Will man das Fazit aus Fischels Untersuchung ziehen, so wird der Satz Schroeders, welcher im Anschlusse an Ficker Mähren als „reichsunmittelbares Fürstentum“ erklärt, „das aber

in dieser Eigenschaft mit Böhmen verbunden blieb“ — richtig verstanden — den Resultaten der Untersuchung des Verfassers nahekommen.

Die zweite Studie bringt einen sehr wertvollen Beitrag zur Kenntnis des öffentlichen Rechtes und der wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich unter Josef I. und Karl VI. Fischel ist es gelungen, die Spur jenes Mannes zu entdecken, dessen vielfältige Anregungen auf dem Gebiete des Verfassungsrechtes in den *Parerga sive otia Schierendorffiana* das allgemeine wissenschaftliche Interesse längst erweckt hatten. Die Studie führt ein lebendig gezeichnetes Bild der fast unglaublich reichen vielseitigen und vorausahnenden Tätigkeit Christian Julius von Schierendorffs vor Augen und macht uns im Anhang mit dem Originalwortlaute einiger seiner publizistischen Schriften bekannt (S. 257—305). — Der Politiker wie der Gelehrte können aus diesem inhaltvollen Leben den gleichen Nutzen ziehen; für den Historiker vorab ist die Kenntnis der Schriften Schierendorffs gleichbedeutend mit einem fast geschlossenen Einblick in die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der vortheresianischen Zeit und in die einschlägigen Reformvorschläge eines seiner Zeit vorausseilenden Geistes. Mit Recht hebt Verfasser den Zentralismus als das erste politische Ziel, dem Schierendorff zustrebte, hervor und bezeichnet ihn geradezu als Vorläufer dieser Richtung. Hiermit steht das Eintreten Schierendorffs für die Schaffung einer festen Sukzessionsordnung des „gesamten erb-ländischen Staates“ insbesondere für die Einführung der weiblichen Thronfolge (S. 180 f.) — welche Anregung für die Genesis der pragmatischen Sanktion von hohem Interesse ist — in engem Zusammenhange. Von den weiteren Vorschlägen, die den zentralistischen Bestrebungen Schierendorffs entsprangen, seien hier die Idee der Schaffung eines *procurator Caesaris* oder *generalis*, dessen vornehmste Aufgabe die Wahrung der gesamtstaatlichen Interessen aller kaiserlichen Erbländer sein sollte (S. 199 ff.) und der wiederholte Antrag auf Einberufung eines als dauernde Institution gedachten Generalkongresses aller österreichischen Länder hervorgehoben. (S. 176 f.)

Schierendorff wollte in diesem Generalkongresse auch seine Ideale einer gesamtstaatlichen konstitutionellen Verfassung unter Kontrolle der Regierung durch einen Ausschuß der Stände und mit Garantien für den Schutz der niederen Klassen verwirklichen, und es ist im Wesen wohl nicht zu weit gegangen, wenn Verfasser diese Vorschläge mit den Ideen Schmerlings in Zusammenhang bringt. Der historische Wert der ständischen Probleme Schierendorffs gewinnt m. E. noch dadurch an Interesse, daß ihm die Anlehnung an das Vorbild des englischen Parlamentes vorschwebte, nach dessen Muster er auch die Teilung in ein Ober- und Unterhaus in Betracht zieht (S. 190) und daß er durch seine Reformvorschläge hinsichtlich der Verleihung der Standschaft an die Bauern mit Repräsentation derselben durch *defensores* oder *tribuni plebis* das Verfassungsleben in durchaus modernem Sinne zu beleben trachtete. Diese schon hier zutage tretende Sorge

für die Besserung der Lage des Bauernstandes bot den Anlaß zu Reformvorschlägen, nach welchen der „Bauernschinderei“ im Wege einer Wiederbelebung des freien Erbpachtssystems ein Ende gemacht werden sollte, und zu einer Untersuchung über die mangelnde geschichtliche Berechtigung der Leibeigenschaft in Böhmen. Fischel macht auf den hohen rechtsgeschichtlichen Wert dieses (im XVIII. Bande der Borscheckschen Miszellen mitgeteilten) „unparteiischen Examens“, welches von starkem juristischen Können Schierendorffs zeugt, besonders aufmerksam.

Mit den angedeuteten Betätigungen Schierendorffs ist aber der Wirkungskreis dieses seltenen Mannes bei weitem nicht erschöpft; der Verfechter des konstitutionellen Zentralismus und Bauernfreund ist auch ein hervorragendes Finanzgenie gewesen. Früher als Vauban stellt er das Projekt einer einzigen Steuer auf, die das liquide jährliche Einkommen treffen soll, und widersetzt sich mit Schärfe der Einführung einer Generalakzise von allen Verbrauchsgegenständen (S. 224 f.). Von Schierendorff rührt der Plan der Schaffung einer Assekuranzbank zur statutenmäßigen Eskomptierung von Buchforderungen (S. 233) und der Errichtung eines Manufakturhofes großen Stiles her (S. 241).

Durch zwei Vorschläge ragt der Name Schierendorffs unmittelbar in die Gegenwart: Wohl mit Recht kann man ihn als den intellektuellen Gründer des geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchivs bezeichnen (S. 248 f.) und sein Projekt eines Donau-Oderkanales (S. 238 und Anhang IV) gewinnt durch die Ziele, die sich der heutige Zentralverein für Fluß- und Kanalschifffahrt in Österreich setzt, ein bedeutsames geschichtliches Interesse.

Die letzte Studie bringt authentisches Aktenmaterial zur Kodifikationsgeschichte des § 13 der allgemeinen Gerichtsordnung, über die ausschließliche Landesüblichkeit der deutschen Gerichtssprache in Böhmen und Mähren bei. Wie sehr diese Abhandlung als Versuch der Lösung einer politischen Gegenwartsfrage durch genetische Untersuchung und Interpretation des zugrunde liegenden Gesetzes Interesse erregen muß, so entzieht sich ihr Inhalt gleichwohl der näheren Würdigung in diesen Blättern.

Prag.

Otto Peterka.

Das Seerecht von Oléron nach der Handschrift Troyes (1386). Diplomatischer Abdruck nebst deutscher Übersetzung, Einleitung, Glossar und einer Handschriftenprobe von Dr. jur. H. Zeller. (A. u. d. T. Sammlung älterer Seerechtsquellen, herausgegeben von Dr. jur. H. Zeller, Heft 1.) Mainz 1906, J. Diemer.

Der von Zeller veröffentlichte Text des Oléronischen Seerechts war, wie bereits Suchier (Literaturbl. f. germ. u. rom. Phil. XXVIII